

Gül's Kiosk scheitert mit Klage

Betreiber fürchtet um berufliche Existenz

Von Nina Hoffmann

Kioske auf der Limmerstraße dürfen nach 22 Uhr keinen Alkohol verkaufen. Diese Regel gilt bereits seit zwei Jahren, und sie bleibt bestehen. Das hat die vierte Kammer des hannoverschen Verwaltungsgerichts in einem Beschluss am Mittwoch entschieden. Der Betreiber von Gül's Kiosk, Taner Türk, hatte Klage gegen die entsprechende Verfügung der Region Hannover erhoben. Diese besagt, dass im Sommerhalbjahr vom 1. April bis zum 31. Oktober nach 22 Uhr in den Kiosken kein Alkohol verkauft werden darf. Wer sich an der Straße, an der es einige Kioske gibt, nicht an die Vorgabe hält, kann mit einem Zwangsgeld belegt werden.

Limmern eindämmen

Hintergrund des Verfahrens ist das Bestreben, Lärmbelästigungen der Anwohner in Linden-Nord durch das sogenannte Limmern einzudämmen. Besonders an warmen Sommerabenden versammeln sich auf der für den Autoverkehr weitgehend gesperrten Straße junge Erwachsene und besonders Studentinnen und Studenten, auf ein paar günstige Kioskgetränke. Problematisch wird das erst, wenn spät in der Nacht nur noch Krakehler mit erhöhtem Alkoholpegel übrig sind und die Bewohnerinnen und Bohner der Limmerstraße um den Schlaf bingen.

Rund 30 Prozent des Einkommens, so sagt der Betreiber, haben der Alkoholverkauf nach 22 Uhr für den Kiosk an der Limmerstraße 52 ausgemacht, bevor das Verbot wirksam wurde. Nun sei seine berufliche Existenz bedroht. Denn während er ab 22 Uhr Wein, Bier und Spirituosen nicht mehr über den Landetisch reichen dürfe, gehe der Alkoholverkauf etwa im Rewe-Supermarkt an der Ecke Limmerstraße/Küchengarten uneingeschränkt bis Mitternacht weiter.

Zu dem Argument, der Rewe-Markt werde mit mehr Toleranz behandelt, hieß es vonseiten der Beklagten: „Es besteht aktuell keine Absicht, gegen Rewe vorzugehen“, sagte ein Vertreter der Region Hannover. Die Region sehe sich außerdem in ihrer Maßnahme bestärkt – seit Inkrafttreten der Verfügung hätten sich weniger Anwohnerinnen und Anwohner über Lärmbelästigung beschwert.

Das Verwaltungsgericht wies die Klage schließlich ab und folgte damit auch der früheren Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts – zum Unverständnis der Klägerseite. Türk muss zudem ein Zwangsgeld zahlen, da Testkäufer im Jahr 2020 auch nach 22 Uhr in seinem Kiosk Alkohol erwerben konnten. Auch dagegen hatte er Klage erheben wollen, lies diese jedoch schließlich fallen.

Baerbock und Habeck kommen

Prominente Wahlkampf-Unterstützung für die Grünen in Niedersachsen: Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kommen nach Hannover, um dem grünen Spitzen-duo Julia Willie Hamburg und Christian Meyer zu helfen.

Am Sonntag (2. Oktober 2022) sind Baerbock und Hamburg von 13 Uhr bis 14.30 Uhr in Hannover am Küchengarten. Im Anschluss fährt Baerbock nach Göttingen.

Am Dienstag (4. Oktober 2022) ist Habeck mit Hamburg und Meyer ab 18 Uhr in der Nordkurve an der Robert-Enke-Straße.

THEMA DES TAGES



Sauer: Eltern protestieren gegen den Beschluss, dass es keinen Neubau geben soll.

FOTO: KATRIN KUTTER

„Das ist nicht nur ein Gebäude, das ist eine Bildungs-idee“

Absage an den Neubau der IGS Linden erhitzt Gemüter im Schulausschuss / Kritik kam vor allem von Eltern – aber auch die Lehrer sind enttäuscht

Von Saskia Döhner

Die Erklärung der Stadt, dass ein Neubau der Integrierten Gesamtschule (IGS) Linden trotz Ratsbeschluss nicht umzusetzen ist, hat am Mittwoch im Schulausschuss zu langen und kontroversen Diskussionen geführt. Bildungsdezernentin Rita Maria Rzycki erläuterte, dass ein Neubau am bisherigen Standort nicht möglich sei, weil es keine Ersatzfläche für einen Übergangsbau gebe, den die Schule nutzen könnte, während der Altbau abgerissen und der Neubau errichtet würden. Zudem würde allein der Übergangsbau zwischen 50 und 75 Millionen Euro kosten. Ein Teilabriss im laufenden Betrieb sei aufgrund der Gebäudestruktur unmöglich und dauere viel zu lange.

Die Nutzung von Alternativflächen am Fössebad oder auf dem Parkplatz der Wasserstadt Limmer für Hannovers älteste Gesamtschule würden den Neubau des Schwimmbades oder die Schaffung

dringend benötigten Wohnraums verzögern oder verhindern. Derzeit liefen in der Gesamtschule außerdem schon Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen, die rund 24 Millionen Euro kosteten, und es wäre schade, wenn diese Investitionen nicht langfristig angelegt seien. Der Vorschlag, den Westschnellweg zu überbrücken, sei eine völlig unsichere Perspektive und auch abhängig von der generellen Sanierung der Schnellstraße.

Gebäudeanalyse eingefordert

Rzycki sagte, Ziel sei jetzt eine umfassende Gebäudeanalyse und breites Teilnehmungsmanagement, um eine Sanierung im Bestand voranzutreiben und die IGS Linden zukunftsfähig aufzustellen. Bevor die Bestandsaufnahme des Gebäudes allerdings starten kann, muss der Ratsbeschluss von 2019, der bislang ja noch die Prüfung eines Neubaus vorsieht, abgeändert werden. Ein entsprechender Antrag von Rot-Grün, der den Weg dahin ebnen sollte, wurde allerdings von Volt in

die Fraktion gezogen und nicht beraten. Joana Zahl (Volt) sah noch Beratungsbedarf, schließlich sei der Schulausschuss erst am Mittwoch überhaupt darüber informiert worden, dass ein Neubau aus Sicht der Stadt unmöglich sei. Auch CDU-Ratscherr Jens Enders monierte, dass die Stadt im Vorfeld der Ausschuss-sitzung nur Rot-Grün und nicht auch die übrigen Fraktionen informiert hatte.

Die Nachricht über die Absage an den Neubau müsse man erstmal verdauen, sagte Claudia Bax (SPD), nun müsse man mit allen Beteiligten darüber reden, was man verloren habe und wo aber vielleicht auch die Chancen lägen. René Rosenzweig (Grüne) mahnte, nun müsste die Prüfung des Baubestands aber auch zeitnah starten: „Wir machen uns unglaublich, wenn wir das immer weiter hinausschieben.“ Andreas Bingemer (FDP) forderte, die Sanierung in die aktuellen Haushaltsberatungen mitaufzunehmen. SPD-Schulexpertin Bax betonte: „Die IGS Linden ist nicht nur ein Ge-

bäude, es ist eine professionelle Bildungs-idee, die 1971 gegründet wurde.“ Das müsse auch Grundlage bei den künftigen Bauplanungen sein.

Elternvertreter kritisierten in der Sitzung, dass die Stadt den Schulvorstand nur mündlich informiert habe, Rzycki versprach, eine schriftliche Ausführung nachzuliefern. Ernst Barkhoff, Bauexperte, ehemaliger Lehrer und frühere SPD-Ratscherr, warf der Stadt Geheimniskrämerei vor. Die Sanierung der IGS Linden gehe nicht nur schulinterne Gremien, sondern den ganzen Stadtteil an. Die aus seiner Sicht voreilige Absage an den Neubau nannte er „unseriös“. Ob die Schule, die in Hanglange am Lindener Berg liege, tatsächlich allein durch Sanierung barrierefrei werde, sei zweifelhaft. Rzycki wies die Vorwürfe zurück, die Verwaltung setze auf Transparenz und habe die unmittelbar Beteiligten sofort informiert und werde das auch weiterhin tun. Auch die Öffentlichkeit werde selbstverständlich ausführlich informiert.

KRH soll ab 2025 ohne Zuschüsse auskommen

Regionspräsident Krach hofft auf deutliche Verbesserung des Ergebnisses durch neue Strategie

Von Mathias Klein

Jahr für Jahr erhält das Klinikum der Region Hannover (KRH) Millionen-zuschüsse. Doch trotz der erheblichen finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens will die Region Hannover das KRH nicht mehr auf Dauer finanziell unterstützen. Das hatte Regionspräsident Steffen Krach (SPD) am Dienstag in der Regionsversammlung gesagt. Denn die Haushaltslage der Region wird angesichts der Krisen immer schwieriger. Die Region plant das kommende Jahr mit einem Defizit von 134 Millionen Euro, das ist fast doppelt so viel wie das Minus in diesem Jahr.

Das KRH erhält in diesem Jahr 40 Millionen Euro zur Erhöhung des Eigenkapitals. Im Haushalt für das kommende Jahr ist eine Zahlung von 20 Millionen Euro vorgesehen. Hinzu kommen weitere Millionen-zuschüsse an das KRH beispielsweise für medizinische Geräte, neue Bettenaufzüge oder Software. So hat die Regionsversammlung in diesem Jahr bereits rund 10,5 Millionen Euro zusätzlich zu den 40 Millionen Euro genehmigt.

Krach, der auch Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikums ist, rechnet damit, dass außer im kommenden Jahr auch im Jahr 2024 noch Zuschüsse der Region notwendig sind. „Wenn wir schnell sind, kann es bereits in den Jahren 2025 und 2026 eine positive Entwicklung geben“, sagt er.

Das KRH plant das laufende Jahr mit einem Defizit von 35 Millionen Euro. Nach der bisherigen Finanzplanung wird sich das Minus in diesem und in den folgenden vier Jahren auf 195 Millionen Euro summieren. Krach hat deshalb die Planung für eine neue Finanzstrategie in Gang gebracht. Mit Hilfe von externen Experten sollen die finanziellen Ergebnisse deutlich verbessert werden.

„Schwierige Entscheidungen“

Krach hat bereits „schwierige Entscheidungen“ für die Zukunft des KRH angekündigt. Er betont, dass die reine Schließung von Standorten keine Probleme löse. Es könnte zum Beispiel um Profiländerungen für einzelne Standorte gehen. Sehr wahrscheinlich ist eine engere Zusammenarbeit mit anderen Kranken-



Schwierige Lage: Wie kommt das Klinikum wieder zu schwarzen Zahlen: Darüber grübeln derzeit Experten.

FOTO: CHRISTIAN BEHRENS

häuser. Als gutes Beispiel nannte Krach die im Bau befindliche Mutter-Kind-Klinik Henrike bei der Diakovere, die mit dem Kinderkrankenhaus Auf der Bult kooperiere. „An solchen Konzepten müssen wir arbeiten“, betont der Regionspräsident. Wichtig sei eine gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen.

Die Ergebnisse der Experten zur Medizinstrategie sollen Ende des Jahres oder Anfang kommenden Jahres vorliegen. Anschließend beginnt die Diskussion im Aufsichtsrat und in den politischen Gremien. Da-

bei dürfe es nicht um Parteipolitik gehen, sagt er.

Das KRH schreibt in seiner Reaktion auf die Pläne der Region, dass es sich beim Defizit von 195 Millionen Euro um eine „rein rechnerische Prognose der Ergebnisentwicklung“, handle, die eine strukturelle Weiterentwicklung nicht berücksichtige. Es gelte jetzt, ein Zukunftsmodell zu entwickeln, in dem das KRH so aufgestellt sei, „dass es den Versorgungsbedarfen in der Region weiterhin auf hohem Niveau entsprechen kann und gleichzeitig die wirtschaftlichen Erwartungen des Eigentümers erfüllt“.

Neben dem KRH ist für die Region jetzt auch die Unterstützung für das ebenfalls in finanziellen Nöten steckende Kinderkrankenhaus Auf der Bult hinzugekommen. Die Klinik erhält in diesem Jahr von der Region 3,6 Millionen Euro. Die Zahlung von insgesamt 15 Millionen Euro in den kommenden drei Jahren ist möglich.

Übrigens: 150.000 Euro hat die Regionsversammlung dem KRH für „Software zur Prozessverbesserung im Bereich Liquiditätsplanung und -management“ genehmigt.

Entführter Hund ist wieder da

„Tesla“ vor Lidl-Markt verschwunden

Vor einer Woche hat ein Unbekannter oder eine Unbekannte den Russischen Toy Terrier „Tesla“, der vor dem Lidl-Markt in der Südstadt angeleint war, losgebunden und mitgenommen. Davon ist Dimitri Nabokoff weiterhin überzeugt: „Der Hund konnte sich nicht selbst befreien.“ Jetzt ist Tesla wieder da, doch die Umstände sind mysteriös.

Nabokoff erzählt: „Ein Pärchen hat Tesla nördlich der Marienstraße herrenlos herumlaufen sehen und ihn mitgenommen.“ Dann hat das Paar offenbar die Suchplakate der verzweifelten Familie gesehen, die an vielen Laternen in der Südstadt angeklebt waren – und die Nabokoffs informiert.

Rätselhaft: „Tesla hat kein Gewicht verloren, war gut genährt“, sagt Nabokoff. Er glaubt: Der öffentliche Druck ist für den Entführer zu groß geworden. „Deshalb haben sie Tesla wieder ausgesetzt“, so Nabokoff. Und: „Der Täter hat dem Hund die Barthaare abgeschnitten, damit Tesla nicht mehr nach Hause findet“, sagt der Lehrer. Diese Haare seien für die Orientierung der Tiere wichtig.

Familie Nabokoff ist jedenfalls glücklich, dass die Geschichte ein gutes Ende genommen hat. cpe

Hannoversche Allgemeine (HAZ)

Gegründet 1893 von Dr. h. c. August Madsack

Herausgeber:
Verlagsgesellschaft
Madsack GmbH & Co. KG
Geschäftsführung: Thomas Düffert (Vors.),
Adrian Schimpf, Benjamin Schrader

Chefredakteurin:
Dany Schrader
Stellvertreter: Felix Harbart
chefredaktion@haz.de

VERANTWORTLICH FÜR:

Nachrichten/Chefs vom Dienst
Stefan Knopf (Ltg.), Astrid Fabricius,
Ralf Heuβinger, Mirja Pflug, Michael Soboll,
Volker Wiedersheim cvd@haz.de

Newsroom
Birgit Dralle-Bürgel newsroom@haz.de

Reporter
Heiko Randermann (Ltg. und Landeshauptstadt Hannover), Jens Heitmann (Wirtschaft),
Ronald Meyer-Art (Kultur), Jonas Freier
(Sport, komm.)
(05 11) 518-18 52 hannover@haz.de

Lokalredaktionen
Umland Nord-Ost: Antje Bismark
nordost@haz.de - (05 136) 97 81 00
Umland Nord-West: Markus Holz
nordwest@haz.de - (05 131) 46 72 40
Umland Süd: Sarah Istrefaj
sued@haz.de - (05 11) 82 07 94 13

Die HAZ ist Partner im
Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)
Chefredakteur: Marco Fenske
stv. Chefredakteurin: Eva Quadbeck
Mitglieder der Chefredaktion:
Christoph Maier, Jasmin Off
Nachrichtenagenturen: dpa, epd

ANZEIGEN:

Günter Evert (verantwort.)
Verlag und Redaktion:
Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG,
August-Madsack-Str. 1, 30559 Hannover
Postanschrift: 30148 Hannover

Druck:
Oppermann Druck- und Verlagsgesellschaft
mbH & Co. KG,
Gutenbergstr. 1, 31552 Rodenberg

Verlag (05 11) 518-0
Kleinanzeigen Privatkunden 08 00 123 44 01
Kleinanzeigen Geschäftskunden

08 00 123 44 02*
Anzeigenaufnahme im Internet www.haz.de
Telefax Kleinanzeigen 08 00 123 44 10*
Abonnentenservice 08 00 123 43 04*
Telefax Abonnentenservice 08 00 123 43 09*

* Kostenlose Servicenummer

HAZ-Online www.haz.de
Twitter www.twitter.com/haz
Facebook www.facebook.com/
HannoverscheAllgemeine

Erscheinungsweise: werktäglich morgens. Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 49,90 € (einschließlich Zustellkosten und Mehrwertsteuer) oder durch die Post 53,30 € (einschließlich Portoanteil und Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper 4 € (einschließlich Mehrwertsteuer). Abonnements können täglich mit einer Monatsfrist gekündigt werden.

Im Fall höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkauffleuten Hannover.

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 82
Amtl. Organ der Niedersächs. Börse zu Hannover